



NEUE PRESSE – Redaktion
wolfgang.braunschmidt@np-coburg.de

Coburger Tageblatt – Redaktion
r.lutz@infranken.de

Neustadt, den 2.07.2015

Betreff: Pressemitteilung der ÖDP-Kreisräte

zum Bericht in der NP vom 1.7.15, Seite 9 „Landratsamt widerspricht Regierung“

Büchner und Raabs äußern Empörung und Fassungslosigkeit

Es ist zunächst für uns absolut nachvollziehbar, dass sich die Herren Willi Kuballa und Michael Busch nicht der Rechtsauffassung der Regierung von Oberfranken anschließen wollen. Die Flugplatzbefürworter müssen um die rechtliche Wirksamkeit der kompletten Finanzierungsvereinbarung fürchten und werden deshalb alle juristischen Möglichkeiten ausschöpfen.

Wenn allerdings Landrat Busch jetzt äußert, unsere Beschwerde gegen den Abschluss der Finanzierungsvereinbarung sei nicht legitim, weil wir keinen Antrag auf Absetzung des strittigen Tagesordnungspunktes im Vorfeld der Sitzung vom 17.3.15 gestellt hatten, dann fehlt uns dafür jegliches Verständnis. Denn mit dieser Aussage greift der Landrat, der letztlich nach Auffassung der Regierung die Verantwortung für einen Gesetzesverstoß trägt, diejenigen an, die diesen Gesetzesverstoß aufgedeckt haben. Mit der gleichen Logik könnte ein Ladendieb dem Kaufhausdetektiv, welcher ihn auf frischer Tat ertappt hat, vorhalten, er hätte doch den Diebstahl verhindern können, hätte er den Dieb gleich am Betreten des Kaufhauses gehindert.

In der fraglichen Sitzung war den Kreisräten der ÖDP, wie übrigens der großen Mehrheit der übrigen Kreisräte, der **Inhalt der Finanzierungsvereinbarung**, über die abgestimmt werden sollte, **überhaupt nicht bekannt**. Weder vor der Sitzung, noch während der Sitzung wurde uns die fragliche Finanzierungsvereinbarung zur Einsichtnahme vorgelegt. Erst im Zuge der Abarbeitung des TOP wurde der **Wortlaut** der Vereinbarung einmal **vorgelesen**. Die Kreisräte Büchner und Raabs hätten also die Absetzung eines Tagesordnungspunktes beantragen sollen, ohne vorher überhaupt zu wissen, worüber genau abgestimmt werden soll? Spätestens an diesem Punkt bekommt die Angelegenheit nach unserer Meinung **absurde Züge**. Man hätte ja seitens der Verwaltung durchaus eine Finanzierungsvereinbarung ausgearbeitet haben können, die NICHT im Widerspruch zum Gesetz zur Durchführung von Bürgerentscheiden steht.

Nur als Nebenaspekt wird mit Blick auf die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag auch relativ schnell klar, dass ein Antrag der ÖDP zur Absetzung des strittigen Punktes mit Sicherheit keine Mehrheit gefunden hätte.

Dass uns juristischen Laien im Verlauf der Sitzung, und in den Tagen danach, dann doch sehr große Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Vorgehensweise kamen, die letztlich in der (erfolgreichen) Beschwerde an die Regierung gipfelten, ist selbst für Außenstehende ein absolut nachvollziehbarer Prozess. **Die Kritik des Landrates daran weisen wir auf das Allerschärfste zurück.** Es kann nicht angehen, dass er **versucht**, von seiner Verantwortung für eine regelkonforme Tagesordnung **abzulenken**, und deshalb, wie von der Antike bis ins Mittelalter üblich, nun die Überbringer der schlechten Nachricht bestrafen will.

Mit besten Grüßen

Thomas Büchner
ÖDP-Kreisrat & Stadtrat
Rollweg 7
96465 Neustadt
Tel: 09568/879 576
KOMMtakt@KOMMtakt.de



Christoph Raabs
ÖDP-Kreisrat
Richterstraße 4
96465 Neustadt
Tel: 09568/879 308
chRaabs@g-w-z.de

